

Solidarität

Nummer 137

unsere Chance

April – Mai 2018

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Kontakt: oesolkom@gmx.at Web: <http://prosv.akis.at>

Redaktionsschluss 20.04.2018

1. Mai

Kampftag der arbeitenden Menschen



Sozialversicherung

Zerschlagung = Gefahr für Gesundheit und Leben

Hände weg von der Selbstverwaltung

Kämpfen statt verhandeln

Die AUVA darf nicht zerschlagen werden!

Die geplante Zerschlagung der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA) mit ihren vier Säulen Prävention, Unfallheilbehandlung, Rehabilitation und Rentenleistung durch die türkis-blau-braunen Regierung ist der bisher größte Angriff auf die medizinische Versorgung des größten Teils der österreichischen Bevölkerung die sich keine private Unfallversicherung leisten kann.

AUVA-Unfallkrankenhäuser sind in Gefahr

Die AUVA versorgt mit ihren Unfallkrankenhäusern (UKH) österreichweit mehr als 50 % aller Unfallopfer, im Raum Wien, Graz und in der Stadt Salzburg mehr als die Hälfte aller Unfallpatienten, im Raum Linz und Klagenfurt sind es mehr als zwei Drittel. Insgesamt behandeln die UKHs 370.000 Menschen pro Jahr. Müsste, wie es die Regierung verlangt, die AUVA 500 Millionen Euro (= 40% ihres Gesamtbudgets) einsparen, müssen die UKHs zusperren! **FP-Gesundheitsministerin Hartinger-Klein** (bei einer Betriebsversammlung im Lorenz-Böhler-UKH in Wien als „Ministerin für Krankheit und Asoziales“ bezeichnet) **selbst sagte: „Ich kann derzeit noch nicht sagen, ob die Spitäler alle erhalten werden oder nur einige.“** (Profil, 11. April 2018) und meint, dass die öffentlichen Spitäler die Versorgung dieser Patienten übernehmen sollten.

Doch die anderen Spitäler könnten nie diese 370.000 Patienten jährlich behandeln. Diese sind jetzt schon gerade in der Unfallbehandlung mit ihrer Kapazität über ihrem Limit. Abweisung von Patienten, Gangbetten und Ausborgen von Unfallchirurgen der Unfallkrankenhäuser wegen Mangel bzw. Überlastung der eigenen Unfallchirurgen, sind schon längst üblich.

Das heißt, eine ausreichende medizinische Versorgung wäre jetzt schon nicht mehr gegeben! Müssten dann auch noch 500 Millionen Euro eingespart werden, was die „Ministerin für „Krankheit und Asoziales“ ja fordert, dann kommt es zum völligen Zusammenbruch der Unfallbehandlung in den öffentlichen Spitälern. Das kündigt die Regierung nicht.

Die in Europa als eine der besten Unfallversorgungssysteme geltende

öffentliche AUVA bietet bis heute eine nicht auf Gewinn orientierte Behandlungskette: Diese reicht von der Prävention über Akut-Unfall-Behandlung, Rehabilitationsmaßnahmen schon in der Akutphase des Unfalls, über Aufenthalt in Reha-Zentren bis zur eventuell notwendigen Rentenleistung. Diese vier Säulen greifen wie Zahnräder ineinander, schaffen wertvolle Synergien.

AUVA: Nicht auf Gewinn orientierter Schutz für alle

Die AUVA ist Österreichs größter Unfallversicherungsträger:

- ca. 5 Mio. Versicherte: 3 Mio. Arbeitnehmer, 525.000 Selbstständige, 1,5 Mio. Kinder, Schüler, Studenten und Angehörige von Blaulichtorganisationen
- rund 5.800 Beschäftigte
- Finanzierung durch Arbeitgeberbeiträge (1,3% der Bruttolohnsumme = ca. 1,2 bis 1,5 Mrd. Euro jährlich)
- sozialpartnerschaftliche Führung – Selbstverwaltung

Die Unfallversicherung der AUVA ist für Kinder, Schüler, Studenten und für rund 500.000 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren, des Roten Kreuzes, der Wasserrettung, der Bergrettung etc. kostenlos. Wer übernimmt künftig deren Versicherung und die Kosten dafür, wenn die AUVA aufgelöst wird?

Bei der Prävention bietet die AUVA für Unternehmen mit bis zu 50 Beschäftigten die sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung kostenlos an. Die AUVA bezahlt die Behandlung aller Berufskrankheiten, auch die der psychischen Erkrankungen der Arbeitnehmer. Die AUVA leistet auch einen Zuschuss zur Entgeltfortzahlung nicht nur für verunfallte, sondern auch für erkrankte Arbeitnehmer.

AUVA garantiert Haftungsausschluss

Das Bestehen der AUVA garantiert gesetzlich die Gewährleistung des Haftungsausschlusses, das ist das so genannte Haftungsprivileg und bedeutet: Bei der AUVA sind nicht nur über 5 Mio. Personen, sondern auch 320.000 Unternehmen gesetzlich gegen die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen von Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten versichert. Die AUVA, die ihre Aufgaben fast zur Gänze aus den Beiträgen der Dienstgeber finanziert, übernimmt dafür die Haftung für Arbeitsunfälle und das Auftreten von Berufskrankheiten. Kernaufgaben der AUVA sind: Verhütung von Arbeitsunfällen, Heilbehandlung und Rehabilitation, finanzielle Entschädigung (Rentenleistung). Ziel: Unfallopfer und Beschäftigte mit Berufserkrankungen möglichst rasch wieder in den Arbeitsprozess zu integrieren.

Diese vier Aufgabenbereiche der AUVA ermöglichen eine integrierte und effiziente Unfallversicherung mit hohem volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen. Die AUVA liefert um einen konkurrenzlos günstigen Beitrag eine Haftpflichtversicherung für die Unternehmen und sichert diese gegen Schadensersatzforderungen verunfallter oder durch Berufskrankheiten geschädigter ArbeitnehmerInnen ab, die in schweren Fällen existenzbedrohend für die Betriebe sein können. „Gerade für die klein- und mittelbetriebliche Struktur Österreichs ist dieser Schutz von großer Bedeutung“, so AK-Vizepräsident Franz Gosch (ÖAAB-FCG).

Bei Zerschlagung der AUVA fällt das „Haftungsprivileg“ weg

Das nutzt nur den Großunternehmern. Für Arbeiter und Angestellte, Kinder, Schüler, Studenten usw. bedeutet der

Verlust des „Haftungsprivilegs“ dann keinen gesetzlich garantierten Unfall-schutz mehr – sie würden auf körperliche Beeinträchtigungen und Kosten sitzen bleiben, Für Kleinbetriebe wiederum würde der Wegfall des „Haftungsprivilegs“ möglicherweise den Ruin deuten. Reiche und Großbetriebe hingegen können sich Anwälte leisten, um vor Gericht zu ihrem Recht zu kommen.

Worum geht es bei diesem Angriff auf die AUVA?

Es geht, wie meist, um die Profite für die Unternehmer. Einerseits würden sich große Konzerne mit vielen Mitarbeitern wie z.B. Spar, Rewe, Strabag, Voestalpine, Andritz, Vienna Insurance, Raiffeisenkonzern, KTM, einige Millionen Euro jährlich (!) ersparen, wenn sie die 1,3% von der Brutto-Lohnsumme der MitarbeiterInnen nicht mehr zahlen müssten. Die 11 größten Unternehmen würden sich dadurch insgesamt ca. 50 Millionen Euro pro Jahr ersparen.

Aber es geht um noch viel mehr: Denn im Vergleich dazu erhoffen sich privaten Konzerne, die im Gesundheits- und im Versicherungsbereich investieren, hunderte Millionen an Profiten im privaten Gesundheitsgeschäft erzielen zu können. Daher kommt das Interesse an der Zerschlagung der AUVA und des Systems der Sozialversicherung (SV) insgesamt und die Absicht der Regierung, dies umsetzen zu wollen.

Der deutsche Gesundheitskonzern Fresenius z.B. betreibt in über 80 Ländern Polikliniken, Universitätskrankenhäuser, Rehab-Zentren, aber auch Thermen wie die Therme Wien – oft gemeinsam mit der öffentlichen Hand (Public Private Partnership, PPP). An der Therme Wien, der größten Stadt-Therme in Europa, hält Fresenius 20 %. Der Gesamtumsatz des Konzerns beträgt ca. 30 Milliarden Euro pro Jahr.

Bei uns ist vor allem die Fresenius-Tochtergesellschaft Vamed bekannt. Ihr Chef, Ernst Wastler, sagte in einem Interview auf die Frage, ob die Vamed Spitäler der AUVA übernehme falls die Regierung die AUVA

auflösen werde, dass es das österreichische Erstattungssystem nicht zulasse – im Gegensatz zum deutschen System – in der Akutversorgung Gewinne zu erzielen (Salzburger Nachrichten 13. April 2018). Gäbe es in Österreich ähnliche Erstattungsvoraussetzungen wie in Deutschland, würden „in kürzester Zeit“ europäische Gesundheitsdienstleister auch hierzulande anbieten, meint Wastler. Zudem gehören 13% des Konzerns der Republik Österreich, die am privaten Gesundheitsgeschäft mitnascht! Die Vamed hat im Laufe der Jahre 25 PPP-Aufträge von der öffentlichen Hand erhalten.

Andere private Gesundheitskonzerne bei uns sind etwa. SeneCura, Pflege im privaten Sektor, Teil des französischen Orpea-Konzerns mit über 80.000 Betten (davon 6.800 in Österreich), ein Marktführer in Europa. Oder die Uniqua Versicherung mit den Töchtern PremiQuamed und Humanomed. Sie besitzt mehrere Spitäler, Anteilhaber sind in- u. ausländisch Investoren, z.B. die Raiffeisen Zentralbank (RZB) mit 10%.

Es gibt keinerlei sachliche Gründe für die Zerschlagung der AUVA!



Proteste vor dem Lorenz-Böhler und dem Meidlinger UKH am 10. und 12. April 2018

*** Es gibt keinen medizinischen Grund!** Im Gegenteil! Nur das Bestehen der AUVA garantiert weiter eine ordentliche Versorgung von

Patienten nach Unfällen und die erwähnte, sonst nirgendwo zu findende Behandlungskette usw.

*** Es gibt keinen Spargrund.** Im Gegenteil! Die AUVA gibt nicht zu viel Geld aus, die Tätigkeit der AUVA spart dem Staat Milliarden Euro. Freizeitunfälle verursachen laut Kuratorium für Verkehrssicherheit jährlich materielle Kosten von ca. 20 Mrd. Euro. Eine Reduktion der Unfälle um 15 % erscheint unter Einsatz der Erfahrungen und Kompetenz der AUVA in der Unfallverhütung – die gegenwärtig nur für Arbeitsunfälle Anwendung findet – möglich. Dies würde Einsparungen von 3 Milliarden Euro pro Jahr bringen.

*** Die AUVA ist nicht teuer.** Die AUVA erbringt mit ihrem Budget von 1,5 Milliarden Euro Versicherungsleistungen für 5 Millionen Versicherte, die am freien Markt mit dem 4- bis 15-fachen Betrag Österreichs Firmen und vor allem die arbeitenden Menschen teuer zu stehen käme.

*** Zusammenlegung ein Vorwand.** Dennoch plant die Regierung in Kürze die Sozialversicherungen (SV) zusammenzulegen. Die AUVA soll dabei vorläufig in einen neuen Dachverband der österreichischen SV eingegliedert (aufgelöst) werden und verliert dabei u.a. ihre Selbstverwaltung. Ihre Chefs sind dann letztlich die Türkis-Blau Regierung der Industrie und die Konzerne. „Ob die AUVA überhaupt bestehen bleibt, ist fraglich“. Wird sie zerschlagen, sollen laut einem Regierungspapier ihre Leistungen dann in die Kranken- bzw. Pensionsversicherung übergeführt werden (Die Presse 18. April 2018).

AUVA-Zerschlagung: Startschuss für Zerstörung von Sozialversicherung und Selbstverwaltung

Die geplante Auflösung und Aufteilung der AUVA – UKH in die Krankenkassen (KK), Reha-Zentren in die PVA (Pensionsversicherung) – erspart den Unternehmern rund 750 Mio. Euro jährlich (!) auf Kosten der Allgemeinheit. Denn diese 750 Mio. Euro sind die Hälfte der derzeitigen

AUVA-Aufwendungen von 1,5 Mrd. Euro jährlich, weil in KK und PVA im Gegensatz zur AUVA die Kosten je zur Hälfte von Dienstgeber und Dienstnehmer getragen werden. Die Kosten der Unternehmer sollen so auf KK und PVA abgewälzt werden. Wenn dann dadurch KK und PVA ein Defizit schreiben, schafft sich die Regierung nach dem Motto: „Ihr könnt nicht wirtschaften“ selbst den Vorwand weitere „Einsparungen“, Kürzungen und Privatisierungen im Gesundheitsbereich zu verlangen.

Zweck des Regierungsplans ist auch, den noch existierenden Einfluss der Arbeitnehmer in allen Entscheidungsgremien der SV weiter zurückzudrängen. Dort sitzen derzeit 50% Arbeitgeber- und 50% Arbeitnehmervertreter. In Zukunft soll ein Drittel der Vertreter von der Regierung in alle Gremien entsandt werden, also heißt das Verhältnis dann 2/3 Reiche zu 1/3 Werkstätige. Wer das Sagen in der SV hat, bestimmt über die Gelder, über Art und Umfang der Leistungen.

Ziel ist es, den größten Non-Profit-Bereich Österreichs, die nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Sozialversicherung, in auf Profit orientierte, private Hände umzuleiten. Dabei geht es um nicht weniger als 60 Milliarden Euro pro Jahr. Der Gesundheitsbereich, so Wirtschaftskammer und „Gesundheitsökonom“, ist ein großer und schnell wachsender „Zukunftsmarkt“. Deshalb wollen die privaten Versicherungen und Gesundheitskonzerne an die Milliarden der Versicherten herankommen.

Worum es wirklich geht

Einerseits um Einsparungen für ein paar große Unternehmen und um riesige Profite durch die weitere Privatisierung eines lukrativen Gesundheitsbereichs.

Andererseits drängt sich die Frage auf, ob man durch die Zerschlagung der AUVA medizinische Engpässe geradezu zulässt oder herbeiführt, ja durch so erst entstehende medizinische Notfallsituationen politisches Kleingeld tauschen will. Soll damit etwa in städtischen Ballungszentren,

z.B. in Wien, bei der nächsten Wahl weiterer Unmut gegen die „rote Stadtregierungen“ geschürt und so Stimmenverluste herbeigeführt werden? Wird dafür die Gefährdung der Gesundheit der österreichischen Bevölkerung in Kauf genommen?

„Wien darf nicht Chicago werden“

Das haben diejenigen gesagt, die jetzt in der Regierung sitzen und mit der Zerschlagung der Sozialversicherung genau das jetzt provozieren.

Die Folgen von alledem: wir bekommen, auf längere Sicht gesehen, amerikanische Zustände im Gesundheitswesen: Nicht nur überfüllte Kassen-Ordinationen und Ärzte, die kaum mehr Zeit haben, Zunahme der Wahlärzte, noch mehr überfüllte Spitals-Ambulanzen mit stundenlangen Wartezeiten und zu wenig Betten in den Spitälern. Das alles haben wir schon. Durch die Regierungspläne wird es aber noch wesentlich schlechter. Wer keine private Zusatzversicherung hat, der kann schauen, wo er bleibt.

Doch die türkis-blaue Regierung im Interesse der Reichen und Großindustrie, kümmert sich nicht um die Lage der arbeitenden Menschen. Die Unternehmer brauchen heute auch keine Prävention mehr, wollen jedenfalls nicht mehr dafür zahlen. Wer älter, weniger leistungsfähig oder gar krank wird, der wird ja ohnehin immer schneller „ausgeschieden“. Wer krank ist, dessen Arbeitskraft braucht auch nicht mehr hergestellt zu werden. Für jeden durch Rationalisierung und Digitalisierung arbeitslos gemachten Menschen stehen genug neue Arbeitskräfte zur Verfügung, die um weniger Geld mehr arbeiten. So denken diese Herren.

Die Regierung der Reichen wird wohl die Masse der Werkstätigen mit weiteren Beitragserhöhungen bei der Sozialversicherung belasten. Gleichzeitig – und darüber wird schon in den Medien berichtet – sollen Millionen Österreicher dann eine private Krankenversicherung für Freizeitunfälle abschließen. Ein wahrlich riesiges Geschäft für die großen Versicherungskonzerne.

Selbstverwaltung: Was ist das - und wozu?

Die Regierung will im Mai der Sozialversicherung per Gesetz eine neue Struktur geben und dabei die Selbstverwaltung aushebeln. Deren Abschaffung hat schwerwiegende negative Folgen für die arbeitenden Menschen!

Selbstverwaltung in der Sozialversicherung (SV) bedeutet bisher, dass die Vertreter in der SV im Wesentlichen auf Basis der Ergebnisse bei den Wahlen zur Arbeiter-, Wirtschafts- und Landwirtschaftskammer besetzt wurden.

Beim jetzigen Umbau geht es nicht nur darum, ob Posten dann noch mehr von rot zu schwarz, blau, türkis wechseln. Bei der Umfärbung geht es darum, ob die VertreterInnen der Arbeitenden, die die Mehrheit der Versicherten, 90%, vertreten und 90% der Versichertengelder verwalten, das Sagen haben. Oder ob in Zukunft in Verwaltungsräten statt in Selbstverwaltungskörpern Regierungskommissäre und Industriellenvereinigung samt Wirtschaftskammer als Anhängsel gemeinsam mit türkis-blauen Günstlingen zu 2/3 über die zu 90% von Arbeiter- und Angestellten eingezahlten Versicherungsgelder bestimmen.

Und das heißt konkret:

Vertreter der Unternehmer, Industriellen und Reichen entscheiden darüber, ob und was bei Krankheit und Unfall Arbeiter und Angestellte an medizinischer Leistung oder Geld erhalten, ob und wann Arbeiter und Angestellte in Invaliditäts-Pension gehen können, ob Selbstbehalte weiter erhöht werden, ob Rezeptgebühren weiter erhöht werden, ob Heilbehelfe weiter verteuert werden, ob im Falle eines Spitalsaufenthalts Selbstbehalte kommen, ob wieder Ambulanzgebühren eingeführt werden, ob und welche medizinische Leistungen

gekürzt werden, weil sie „zu teuer“ sind, ob Teile oder auch ganze Spitäler, Reha-Zentren, Unfallbehandlungen „ausgelagert“, sprich teil- oder ganz privatisiert werden. Dann wird Krankheit und Gesundheit noch mehr zum Geschäft auf Kosten der Allgemeinheit, vor allem zulasten jener mit geringen Einkommen. Schon jetzt tummeln sich am „Gesundheitsmarkt“ private Konzerne, gibt es immer weniger Kassenärzte, immer mehr Wahlärzte, immer mehr private „Institute“, kurzum: gibt es schon jetzt real die Zwei-Klassen-Medizin.

Aber die privaten Versicherungs-, Unfall- und Gesundheitskonzerne wollen noch mehr, sie wollen alles! Sie wollen sich den 60-Milliarden-Euro schweren Kuchen der gesetzlichen, derzeit noch solidarischen, noch mehrheitlich von Vertretern der Arbeiter und Angestellten selbstverwalteten Sozialversicherung an sich reißen.

Die Sozialversicherung ist mit ihrem 60-Milliarden-Euro-Volumen der

größte noch Non-Profit Bereich der Republik, arbeitet nicht auf Profitmaximierung, hat nur Verwaltungskosten von in Summe 2 % bis max. 3 %. Privatversicherer haben Verwaltungskosten von 15 % bis 30 % ! (wegen Werbung für Verdrängungswettbewerb, höhere Gehälter für Vorstände, Aufsichtsräte usw. für die dann wieder vielen „Gesundheitsanbieter“). Dieser 60-Milliarden-Euro-Kuchen soll mit Hilfe der Regierung für die privaten Konzerne, für die Profitziele der reichen Privataktionäre zugänglich gemacht werden.

Weil kein Privater derzeit alleine die Sozialversicherung als gesamtes privat übernehmen kann, zentralisiert der Staat die Sozialversicherung, um sie dann leichter für die Privatkonzerne entsprechend filetiert abzugeben.

Das steckt hinter den „Spar“- und „Reform“-Vorhaben der Regierung. Wenn das durchgeht, ist das der Anfang vom Ende der gesetzlichen, solidarischen Sozialversicherung für

alle, die alle Unbilden des (Arbeits-) Lebens im Fall des Falles versichert und absichert und gesundheitliche Wiederherstellung ohne Ansehen der Geldbörse zum Ziel hat. Dann kann man sich Gesundheit nur mehr „leisten“, wenn man reich ist.

Die AUVA hat sich die Regierung als erstes Angriffsziel ausgesucht. Daher brauchen die AUVA-Beschäftigten im Interesse aller ÖsterreicherInnen unsere volle Unterstützung!



Online-Petition:
<https://mein.aufstehn.at>

Unterschriftenliste zum Kopieren
siehe Seite 7

Bericht von der Kundgebung am 12. März 2018

1933 – Ausschaltung des Parlaments

1938 – Auslöschung Österreichs

**2018 – Nie wieder Faschismus –
Nie wieder Krieg**

**Für ein neutrales, unabhängiges
und demokratisches Österreich!**

Veranstalter war die Plattform www.prodemokratie.com von GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg und Österreichisches Solidaritätskomitee.



Kurzfassung der Reden:

* *Kaplan Franz Sieder, Pax Christi*, sagte: Die politische Richtung der beiden Regierungsparteien ist eindeutig. Sie machen eine Politik für die Reichen. Ich möchte der ÖVP auch ihre christliche Maske vom Gesicht herunterzureißen, denn ihre Politik ist alles andere als christlich. „Wehret den Anfängen“ heißt in erster Linie für eine gerechtere Welt zu kämpfen. Der Betriebsseelsorger betonte Zusammenhänge zwischen Antifaschismus und dem Kampf für soziale Gerechtigkeit.

* *Alfred Kohlbacher, Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen*, sieht einer der wichtigen Lehren des 12. März im Kampf für den Frieden und im Aufbau einer starken österreichischen Friedensbewegung zur Erhaltung der immerwährenden

Neutralität Österreichs und kritisierte den „neuen Anschluss“ Österreichs an die EU- und NATO-Militärstrategien.

* *Hubert Kramar*, Schauspieler und Künstler, kritisierte mit scharfen Worten die Vorgänge in der Wiener Polizei rund um die Hausdurchsuchung beim Verfassungsschutz. Es handle sich quasi um ein „Putsch“ der Rechten. Auch vor 1938 haben die Nazis den Staat schon übernommen.

* *Marlene Streeruwitz*, Schriftstellerin und Regisseurin, zitierte aus dem ÖVP-FPÖ-Regierungsprogramm, wo der Unterschied zwischen Frauen und Männern als natürlich festgeschrieben wird und NICHT die Gleichberechtigung das Ziel ist. Gleichberechtigung der Geschlechter sei Voraussetzung für soziale

Gleichheit, Solidarität, Demokratie – unerlässlich, um im Kampf gegen Rechts erfolgreich zu sein.

* **Robert Wurm**, Zentralbetriebsratsvorsitzender des ÖBB-Postbus und Gewerkschafter der GPF (Gewerkschaft der Post- und Fernmeldebediensteten), mahnte Achtsamkeit und Widerstand ein, denn was die Schwarz-Blaue Regierung im „Sicherheitsbereich“ aufführe und bei Demokratie- und Sozialabbau vor habe, bereitet den Weg nach Rechts.

* **Susanne Scholl**, Omas gegen Rechts, sieht die Pflicht der älteren Generation, die Aufklärung durch ZeitzeugInnen weiterzuführen und die Jüngeren zum Engagement gegen rechte Politik zu ermutigen. Daher hat sie die Omas gegen Rechts mitbegründet. Das Widerstandslied „Omas braucht das Land“ war einer der Höhepunkte der Kundgebung gegen Faschismus und Krieg.



* **Michael Fiala**, Zentralbetriebsratsvorsitzender der NÖ Gebietskrankenkasse und Vorsitzender der Gewerkschaft GPA-djp NÖ, betonte, dass der Angriff auf die Gewerkschaften und die Rechte der ArbeitnehmerInnen wie wir sie heute wieder erleben, auch in den 1930er Jahren die Vorboten für den Faschismus waren.

* **Bernd Brandstetter** von der FSG der Gewerkschaft vida betonte in seiner Grußadresse: Es ist unerlässlich, an diese dunkelsten Zeiten in Österreichs Geschichte zu erinnern. Gerade heute muss wieder gegen alle Tendenzen Richtung Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit sowie Versuche der Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit

entschieden und geschlossen aufzutreten werden.“



* **Nina Andree**, Vorsitzende der Sozialisten Jugend OÖ, hob in Ihrer Grußadresse hervor, dass Neoliberaler, rassistische, rechtsextreme und sexistische Kräfte behaupten, Flüchtlinge oder „Sozialschmarotzer“ wären Schuld an den gesellschaftlichen Missständen. Und genau diese Kräfte sind es, die nur Politik für Reiche betreiben. Um davon abzulenken, schüren sie ihren Rassismus! Wir lassen uns nicht mitreißen, wir werden uns immer wehren, niemals Vergessen und aktiv für ein lebenswertes Leben für alle kämpfen.

* **Heidemarie Tschida**, GewerkschafterInnen gegen den Krieg und Komitee gegen Rechts, schloss sich den VorrednerInnen an, betonte, dass schon viel zu viel geschehen sei, das an die 1930er Jahre erinnere und mahnte: Wehret den Anfängen!

* **Wilfried Leisch**, von der Plattform proDemokratie www.prodemokratie.com der OrganisatorInnen GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg und Österreichisches Solidaritätskomitee, moderierte die Kundgebung und sagte: Heute, 85 Jahre nach der Ausschaltung des Parlaments durch den Austrofaschismus, 80 Jahre nach der Auslöschung Österreichs durch den Hitlerfaschismus treten wir auf gegen den Umbau unserer Republik Österreich in einen noch neoliberaleren und zunehmend autoritären Staat. Faschisten hatten in der Geschichte nie die Mehrheit, sind nur durch Diktatur und Terror hochgekommen. Es stimmt nicht die Propaganda der Herrschenden von damals und heute, dass „alle“ für die Nazis gewesen

seien. Deshalb ist es den Neo-Autoritären von heute so wichtig, sich demokratisch zu geben, um mit parlamentarischer Mehrheit gegen die Mehrheit der Bevölkerung ihre menschenfeindliche und reifenfreundliche Politik zu machen. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung mit einer erzeugten Stimmung von Angst und Schrecken, Überwachungsstaat, Militarisierung, Sozial- und Demokratieabbau durchdrücken. Was hilft? Nicht schweigen, nicht verharmlosen! Solidarität und Widerstand leisten!

* **Hans Wagner**, Musiker und Theater- und Filmkomponist, unterstützte die Kundgebung musikalisch mit Liedern gegen den Neoliberalismus und die neuen Populisten wie „Der Zeitgeist macht buh“ mit der Schlusstrophe: „Es ist nie zu spät für ein bisschen mehr Solidarität!“



*

Großen Dank allen für die Vorbereitung, die Teilnahme und die engagierten Reden und Darbietungen.

**Nie wieder Faschismus –
Nie wieder Krieg.
Für ein neutrales, unabhängiges
und demokratisches Österreich!
Gegen Überwachungsstaat,
Sozial- und Demokratieabbau!
Nie wieder Faschismus – nie
wieder Krieg!**

Audio-Aufzeichnung der Kundgebung:

<https://cba.fro.at/370694>

Video-Kurzfassung der Kundgebung:

https://www.youtube.com/watch?v=ZicHfu_DFh4

Keine Zerschlagung der Unfallversicherung (AUVA)!

Die Regierung will die Unfallversicherung für alle, die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) zerschlagen. Der Grund: Vor allem die großen Industriebetriebe, vertreten durch die Industriellenvereinigung, wollen nicht mehr die 1,3% Sozialversicherungsbeitrag der Bruttolohnsumme der Arbeiter und Angestellten zur Unfallverhütung, Unfallheilbehandlung und Rehabilitation in die AUVA einzahlen. Jährlich handelt es sich um 1,5 Mrd. Euro. Die AUVA erbringt damit Versicherungsleistungen, die am freien Markt mit dem 4- bis 15-fachen Betrag Österreichs Firmen und vor allem die arbeitenden Menschen teuer zu stehen kämen! Die Prämien privater Anbieter würden noch mehr in die Höhe schnellen. Eine umfassende Prävention und Rehabilitation wäre für Normalverdiener kaum mehr, für Kleinverdiener gar nicht mehr möglich, weil nicht leistbar. Das will die Regierung in Kauf nehmen und stattdessen dieses Geld zur „Lohnnebenkostensenkung“ den Unternehmen zugutekommen lassen. Das Ziel ist: Unternehmerrücklastung und Privatisierung der Reha-Zentren und Unfallkrankenhäusern (UKH) für private Gesundheitskonzerne. Das geht auf Kosten unserer Gesundheit, unseres und des Lebens unserer Kinder!

Die Regierung setzt die medizinische Versorgung von 5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher aufs Spiel! Ihre Sicherheit am Arbeitsplatz, Ihre Ansprüche auf Heilbehandlung, Rehabilitation und finanzielle Unterstützung bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten sind ohne AUVA mit ihren UKH und Reha-Zentren in Gefahr! Eine Auflösung der AUVA bedeutet die Gefährdung des Betriebes der UKH! Ein Zurückfahren oder eine Privatisierung der UKH – weil die Finanzierung gekürzt oder ganz eingestellt wird, hätte katastrophale Folgen bezüglich fachgerechter und sofortiger medizinischer Behandlung von Unfallopfern, mit all den weiteren Folgen auf Gesundheit, Erhalt der Arbeitskraft, Rehabilitation usw.

Die Plattform „proSV“ zeigt diese Gefahren auf und tritt österreichweit – auch mit dieser Unterschriftenaktion – gegen die Zerschlagung der AUVA auf. **Patienten und AUVA-Beschäftigte sitzen im gleichen Boot! Unterstützen und verbreiten Sie dieses Anliegen – im eigenen Interesse!**

UNTERSCHRIFTENLISTE: Ich unterstütze das Anliegen und bin an weiteren Informationen interessiert

Name	Adresse	E-mail	Unterschrift

Bitte kopieren und weitergeben. Ausgefüllte Listen bitte an: **ÖSK/proSV** – Plattform „Keine Zerschlagung der Sozialversicherung“, Stiftgasse 8, 1070 Wien, bzw. als Scan oder Foto per E-Mail an: proSV@akis.at Tel.: 0650/830 7 830; Leerer Listen unter: <http://proSV.akis.at> bzw. www.prodemokratie.com

Dienstag, 1. Mai 2018, 9.00 Uhr

Vor dem Burgtheater in Wien

Auftreten gegen Demokratie- und Sozialabbau

Gegen die Zerschlagung der AUVA, Angriffe auf AK, AMS, ORF, VKI, Sozialversicherung, Selbstverwaltung, 8-Stundentag, Jugendvertauensräte, Datenschutz (ELGA-Daten), Rechtsstaat, Neutralität ...

Montag 7. Mai 2018, 19.00 Uhr

OFFENES TREFFEN

Amerlinghaus, Stiftgasse 8, 1070 Wien,
1. Stock, Teestube

Treffen zur Planung weiterer gemeinsamer Aktivitäten

Wer mitmachen will kontaktiert uns bitte unter: oesolkom@gmx.at.

Flugblatt zum 1. Mai

Der Sozialstaat wurde erkämpft!

Hände weg



VON

**8-Stunden-Tag/40-Stunden-Woche
Arbeiterkammer,
AMS + Arbeitslosengeld
Kollektivvertrag, AUVA,
Sozialversicherung + Selbstverwaltung**

**Liebe Kolleginnen!
Liebe Kollegen!**

Wir danken für die Zusendungen und Einzahlungen auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei, oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, bestreiten wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen. Wer unsere Auffassungen teilt, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

**Mit kollegialen Grüßen
Das ÖSK-Team**

Spenden-Konto

Einzahlungen
mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

EmpfängerIn: ÖSK
Verwendungszweck: Spende

IBAN:
AT85 6000 0101 1022 7626
BIC: BAWAATWW

**Wer ist das Österreichische
Solidaritätskomitee?**

Wir sind ein Forum von Kolleginnen und Kollegen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner LeserInnen und AktivistInnen.